

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 102 (1976)
Heft: 7

Artikel: Untergang einer Demokratie
Autor: Schmassmann, Silvia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-602012>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Untergang einer Demokratie

Es war einmal ein Land, in dem jeder Bürger, jede Bürgerin an politischen Entscheidungen direkt mitbeteiligt war, und es galt als selbstverständlich für alle, mit Initiativen oder Referenden etwas voranzutreiben, abzulehnen oder in Frage zu stellen. Vergleich sich das Land mit anderen Ländern, wo der Bürger höchstens einmal pro Jahr Abgeordnete wählen konnte – oder mit Ländern, wo überhaupt nichts zur Wahl stand, so war das Land mit der direkten Demokratie stolz auf seine Tradition und viele sagten: Es ist immer noch die beste Staatsform.

Nun geschah es, dass die Dinge immer komplizierter und schwieriger durchschaubar wurden, und es gab immer mehr Bürger, die darob in Lethargie und Mutlosigkeit verfielen, es aufgaben, sich zu erkundigen und mitzureden. Sie überliessen wichtige Entscheidungen einer Minderheit, die nun, da sie interessierter und informierter war als die Mehrheit, über die politischen Geschicke des Landes bestimmte. Man nahm es jahrzehntelang hin, dass fortan nur noch ein Bruchteil der Bevölkerung von ihren Rechten Gebrauch machte, und die Stimmbeteiligung sank stetig. Trotzdem wurde zunächst die Verfassung nicht geändert. Man versuchte im Gegenteil mit allen Mitteln, den Bürger aufzurütteln, ihm seine Rechte und Pflichten klarzumachen. Die Mutlosen wollten davon nichts wissen, sie grollten in einer Ecke, klagten, die anderen machten ja doch, was sie wollten, behaupteten ausserdem, sie verstünden gar nichts von Politik und interessierten sich deshalb auch nicht dafür. Ausserdem funktionierte der Staatsapparat auch so ganz leidlich, und allen ging es ziemlich gut.

Bis eines Tages nichts mehr so gut ging wie bis anhin. Auch das Land mit der direkten Demokratie und der freiheitlichen Verfassung wurde von einer schweren Krise erfasst, unter der gerade die bislang politisch Passiven am stärksten zu leiden hatten. Viele der Uninteressierten begannen sich nun plötzlich zu interessieren: Für ihren Arbeitsplatz, ihren Lohn, für die Arbeit der Volksvertreter. Politik wurde wieder wichtig und transparenter. Für die Minderheit war es nicht mehr so einfach, Entscheide durchzubringen, denn jetzt war die Mehrheit auch erwacht.

Die Leute begannen sich zu wehren, nahmen nicht mehr alles gedanken- und hilflos hin. In diesem kritischen Augenblick traten ein paar entschlossene einflussreiche Bürger des Landes zusammen, gründeten ein Komitee gegen die Demokratie und starteten mit viel Geld eine Aufklärungskampagne. Wenn jetzt alle plötzlich wieder mitreden wollten, so warnten sie, sei der Staat in höchster Gefahr, denn nicht alle, die an die Urnen gingen, hätten überhaupt die Fähigkeit, als Bürger politische Entscheide zu treffen. Man sprach der grossen Masse die staatsbürgerliche Mündigkeit und Reife ab, warnte vor einer bevorstehenden Katastrophe, vom Chaos, vom Zusammenbruch. Die Mitglieder des Komitees bezeichneten sich selbst als fähige, verantwortungsbewusste Köpfe, als Elite des Staates, und nur sie allein seien in der Lage, den verfahrenen politischen Karren so

zu lenken, dass das Land nicht zugrunde gehe. Man solle Vertrauen in sie haben, man solle begreifen lernen, dass Demokratie im Grunde ein Uebel sei und mehr verhindere als vorantreibe.

Vertraut uns, wir werden für Euch bestimmen, und dann geht es wieder aufwärts! Dieser Slogan stand auf den Plakaten, und in einer Vortragstournee boten sich die Komiteemitglieder als Retter der Nation an. Die Kampagne hatte zusehends Erfolg. Die meisten Bürger kippten um, glaubten der Elite, die immer wieder unermüdlich versicherte, dass sie, die grosse Mehrheit, im Grunde gar kein Interesse an politischen Entscheiden hätte. Das sei eine kleine Gruppe von übereifrigen Leuten, die die Existenz und die Prosperität des Landes bedrohe. Jawohl, sagten sich die Leute, recht haben sie. Wenn sie uns Ruhe und Arbeit bringen können, so sollen sie allein entscheiden und

regieren. Das sind schliesslich Leute mit Bildung und Geld.

Das Komitee hatte gute Arbeit geleistet, die Mehrheit der Bürger versank wieder in Schweigen, die Minderheit war sowieso blockiert. Die Männer des antidemokratischen Komitees beherrschten die Szene. Die Verfassung wurde geändert, Urnengänge waren nicht mehr nötig, sieben Männer regierten das Land, das sich von einer Demokratie zu einer Elitokratie entwickelte. Die Sieben hatten erreicht, was sie wollten. Ihnen ging es gut. Von der grossen Masse weiss man es seither nicht mehr so genau, da sie nicht mehr gefragt wird. Und so gab es auch nie in der Geschichte dieses Landes einen 21. März 1976, denn das Wort «Mitbestimmung» galt als Fremdwort, das keinen Platz in einer Elitokratie hat.

